



Protokoll Nr. 38

Sitzung von Donnerstag, 29. Juni 2000, 20.45 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident René Zimmermann

Anwesend:

Raymond Anliker	German Kalbermatten	Kurt Rüegsegger
Thomas Balmer	Esther Kälin Plézer	Erich Ryter
Sven Baumann	Regula Keller	Annemarie Sancar
Margrith Beyeler	Andreas Krummen	Doris Schneider
Peter Blaser	Peter Künzler	Beat Schori
Markus Blatter	Annemarie Lehmann	Rolf Schuler
Peter Bühler	Leslie Lehmann	Rudolph Schweizer
Michael Burri	Peter Linder	Peter Sigerist
Walter Christen	Edith Lörtscher	Sylvia Spring Hunziker
Marie-Louise Durrer	Liselotte Lüscher	Ernst Stauffer
Marcel Eyer	Markus Lüthi	Michael Straub
Marcel Fankhauser	Edith Madl Kubik	Ueli Stückelberger
Othmar Feller	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Thomas Fuchs	Irène Marti Anliker	Margrit Stucki-Mäder
Verena Furrer-Lehmann	Mario Marti	Peter Stucki
Hans Ulrich Gränicher	Barbara Mühlheim	Hans-Ulrich Suter
Rolf Häberli	Rosmarie Okle Zimmermann	Margrit Thomet
Ueli Haudenschild	Edith Olibet	Eva von Ballmoos
Ruedi Hofer	Ruth Rauch	Catherine Weber
Stephan Hügli	Lydia Riesen	Kurt W. Weyermann
Alfred Jordi	Heinz Rub	Hansjörg Wittwen
Michael Jordi	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset
Heinz Junker		

Entschuldigt:

Ernst Aebersold	Adrian Haas	Christoph Müller
Oskar Balsiger	Urs Jaberg	Franco Sommaruga
Konrad Bossart	Daniele Jenni	Christoph Stalder
Annette Brunner	Blaise Kropf	Katharina Suter

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Claudia Omar

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

11 Dringliche Interpellation Fraktion SP (Margrit Stucki-Mäder): Ist die Erweiterung des Schiessplatzes Riedbach noch zu verantworten?; Fortsetzung

Fraktionserklärung

Für die SVP-Fraktion spricht *Erich Ryter*: Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderats an und für sich zufrieden. Mit der Schliessung der Schiessanlage Oberfeld in Ostermundigen werden die Ostermundiger Schützen ihre Schiessstätigkeiten in Zukunft im Riedbach ausüben. Ostermundigen hat einen Vertrag mit der Stadt Bern, nach welchem die Gesellschaften, die bisher im Oberfeld waren, ihre Tätigkeiten im Riedbach werden ausüben dürfen. Es werden daher mehr Schützengesellschaften im Riedbach schiessen als bisher, was die Bereitstellung von 70 Scheiben rechtfertigt.

Es ist richtig, wenn die Interpellantin sagt, dass die Benützung der Schiessanlagen Riedbach und Oberfeld in den letzten Jahren rückläufig war. Am diesjährigen Feldschiessen hat die Teilnehmerzahl aber nur wenig abgenommen. Margrit Thomet und ich haben diesen Samstag das Wetschiessen der Jungschützen in Ostermundigen besucht. Wir konnten mit Genugtuung feststellen, dass die Teilnehmerzahl gegenüber dem letzten Jahr zugenommen hat. Wir haben dort eine bunt zusammengewürfelte Schar von Jungschützinnen und Jungschützen getroffen, die Hoffnungen auf eine Zunahme der Mitgliederzahlen in den Gesellschaften sind berechtigt. Also müssen wir für die jungen Menschen die notwendigen Rahmenbedingungen mit den unabdingbaren Sicherheiten für die Ausübung des Schiesssportes bereitstellen. Die Stadt Bern kann sich nie für ein Schützenfest von nationaler oder kantonaler Bedeutung bewerben, ohne eine Schiessanlage zu haben, welche in punkto Sicherheit und Technik dem heutigen Standard entspricht. Der Stadt gehen so Einkünfte verloren.

Die Behauptung der Interpellantin, die Oberbottiger melden Belästigungen durch den Schiesslärm an, sind unserer Meinung nach aus den Fingern gesogen. Ich kenne fast alle Oberbottiger, ich bin nämlich selber seit einigen Jahren Schütze in Riedbach und solche Reklamationen wären weder mir noch einem meiner Schützenkameraden je zu Ohren gekommen. Übrigens hat dieses Projekt die UVP durchlaufen und alle Kriterien erfüllt.

Oberstes Ziel eines jeden Schützenmeisters ist es, Schiessübungen unfallfrei durchzuführen. Wenn im Riedbach viele Schützen anwesend sind, wird der Freiraum hinter dem Schützenlager zu eng. Das führt zu Massierungen, die Überschaubarkeit ist nicht mehr voll gewährleistet. Deshalb sind 70 Scheiben ein absolutes Muss, dies sagt auch der eidgenössische Schiessoffizier. Die SVP setzt sich für den Schiessstand wie vom Volk beschlossen ein, wir werden zusammen mit den Schützinnen und Schützen nicht dulden, dass weitere Abstriche gemacht werden. Die SP zeigt wieder einmal, wie sie mit Volksentscheiden umzugehen denkt.

Einzelvoten

Michael Burri (GFL): Das Geschäft Schiessplatz Riedbach ist mir aus drei Gründen noch ganz gut in Erinnerung: Erstens war es ziemlich am Anfang meiner Zeit im Rat, zweitens hatte es ein ungewöhnlich zahlreiches Publikum, welches regen Anteil an der Debatte nahm. Und drittens war es interessant, wie die Argumente für einmal die Seiten gewechselt haben: Das Sparargument wurde von RGM gebracht, die Bürgerlichen stellten Sicherheitsüberlegungen in den Vordergrund und votierten einstimmig für 80 Scheiben. Bei der Volksabstimmung 1996 kam dann die Variante mit 70 Scheiben knapp durch.

Die Entwicklung seither ist bekannt: Die Armee XXI führt mit der Verkürzung der obligatorischen Schiesspflicht zu weiter sinkenden Schützenzahlen. Weiter ist bekannt, dass die Nachbargemeinden nicht im erhofften Ausmasse mitmachen werden: In der GPK wurden wir informiert, dass zwei Schützengesellschaften von Ostermundigen nicht nach Riedbach zü-

geln wollen, Ostermundigen führe nun Gespräche mit Ittigen. Dazu kommt noch die städtische Finanzmisere, die sich in den letzten 4 Jahren verschärft hat. Deshalb ist es gut, dass der Gemeinderat diese Sache noch einmal hervorgekramt hat und ich möchte dem Planungs- und Baudirektor danken, dass er sich da wirklich aufrichtig darum bemüht hat.

Das Resultat ist aber nicht gerade überwältigend, mit dem Verzicht auf einige Büros werden ganze Fr. 200 000.- eingespart. Dass man beim Lärmschutz Abstriche machen wollte, schien uns schon fraglicher, wir finden gut, dass man dies bleiben liess.

Und dann halt noch die Frage ob 70 oder 60 Scheiben. Schon bei der Antwort auf die Interpellation von Irene Graf hatte ich das Gefühl, dass diese 70 Scheiben etwas überdimensioniert seien. Jetzt hat sich dieses Gefühl erhärtet. Die Aussage vom eidgenössischen Schiessoffizier ist völlig unverständlich, das Sicherheitsargument überzeugt mich nicht. Man hat der GPK im März gesagt, dass die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, wenn zuviele gleichzeitig schiessen. Aber man baut doch 70 Scheiben, damit bei maximaler Auslastung 70 Leute gleichzeitig schiessen können. Ich schieesse seit 10 Jahren im Riedbach das Obligatorische, noch nie waren da mehr als 35 Scheiben gleichzeitig belegt gewesen. Das Sicherheitsargument geht einfach nicht auf. Es besteht vielmehr der Verdacht, dass alle Schiessgesellschaften im Riedbach aus einem Besitzstondenken heraus möglichst ihre eigenen Scheiben haben möchten. Das ist bis zu einem gewissen Grad verständlich, aber das geht bei der heutigen städtischen Finanzlage einfach nicht. Für mich ist das Ganze ein Trauerspiel.

Von der SP wurde ein Baustopp gefordert; der Zeitpunkt dafür ist nun wohl wirklich schon durch. In der GPK erhielten wir diese Informationen im März, man hätte vielleicht gleich dann vorstossen sollen und nicht erst im Juni.

Die Bürgerlichen sagten in der Nachmittagssitzung, RGM könne nicht sparen. Das wurde in diesem Fall vielleicht ein bisschen widerlegt.

Margrit Stucki-Mäder (SP): Auch der Gemeinderat sagte ja, dass sich die Anzahl der Schiessenden reduzieren werde. Heute Abend wurde aber klar, dass die Erweiterung in erster Linie den Sport- und Hobbyschützen zugute kommen wird. Die Frage ist einfach, ob die Stadt Bern in der heutigen Finanzlage für Sport- und Hobbyschützen siebeneinhalb Millionen ausgeben soll. Die Erweiterung ist für mich immer noch nicht nötig, vor allem nicht diese sehr teure Lösung.

Erich Ryter hat gesagt, dass die SP nun zeige, wie sie mit Volksabstimmungen umgehe. Das ist ein heikler Punkt, auch ich werte Volksabstimmungen sehr hoch. Aber erstens – und das ist eine sehr geringfügige Entschuldigung – war der Entscheid sehr knapp ausgefallen und zweitens haben sich die Rahmenbedingungen massiv verändert. Der Abbau der Armee und der Rückgang der Schiesspflichtigen erfordern wirklich eine Neuüberprüfung, und zwar eine, die mehr als Fr. 200 000.- einspart. Irene Graf legte schon 1996 Berechnungen vor, dass 40 Scheiben genügen würden. Auch andere Gemeinden gehen davon aus, dass mit einer Erhöhung der Kadenz und einer verbesserten Organisation weniger Scheiben genügen. Und um einmal im Jahr ein Feldschiessen durchzuführen, wo dann die Auslastung laut Erich Ryter so hoch sei, ist dies schon eine sehr teure Lösung. Bedenkt doch einmal, in welchen Bereichen wir heute sparen müssen, und wir diskutieren manchmal um Fr. 15 000.- für einen Jugendtreff oder sonst eine wichtige Aufgabe. Ich möchte wirklich, dass sich der Gemeinderat dies noch einmal überlegt, auch wenn man mit dem Bauen bereits begonnen hat. Der Bau dauert anderthalb Jahre, und da kann man noch etwas ändern.

Kurt W. Weyermann (FDP): Michael Burri sagte, dass er den Riedbach noch nie voll belegt gesehen habe: Heute schiessen noch nicht so viele Gesellschaften im Riedbach – die kommen erst noch. Und wenn dann nicht mehr nur die Gesellschaften aus dem Westen Berns dort sind, werden auch die Scheiben besetzt sein.

Zum Sparen: Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass zum Beispiel die GPK rein aus ideologischen Gründen beschlossen hat, die Bäder und die Eisbahnen nicht in eine stadtteilweise AG zu überführen und sie dem Sportamt anzuschliessen, was Mehrkosten von rund 2 Millionen bedeutet. Das sind genauso Sportanlagen wie die Schiessplätze. Wenn dies sparen sein soll, dann sagen Sie mal, was genau Sie unter Sparen verstehen.

Die jungen Leute haben ein Anrecht auf eine Sportanlage, auch wenn es nun etwas mit Schiessen zu tun hat. Schiessen ist nicht etwas Böses, sondern eine ganz korrekte Sportart.

Heinz Junker (SP): Dieses Geschäft habe ich 1996 hier im Rat für die GPK vertreten. Die Entwicklung des heutigen Schiesswesens und der Armeereform konnte man damals noch nicht abschätzen. Wir waren aber schon damals bezüglich der Anzahl Scheiben skeptisch. Als damaliger GPK-Vertreter finde ich es sehr wichtig, dass man gerade bei der Anzahl Scheiben das Ganze noch einmal genau überprüft. Und der SVP möchte ich mitteilen, dass bei einer Bevölkerungsorientierung im Riedbach auch von SVP-Seite sehr kritische Worte gegen diesen Ausbau kamen. Viele Bauern sind da ganz und gar nicht begeistert. Und Herrn Weyermann, der immer alles privatisieren möchte, schlage ich vor, den Schiessplatz Riedbach doch zu privatisieren, wenn der soviel Geld bringen soll.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg:* Die heutige Ratsitzung zeigt noch einmal auf, dass dies kein einfaches Geschäft ist. Im September 1996 wurde das Projekt mit 164 Stimmen Mehrheit an der Urne gutgeheissen. Schon damals wurde sehr breit diskutiert, aber danach wurde von Seiten des Kantons Druck gemacht. Man hat uns ganz klar zu verstehen gegeben, dass die Lärmschutzverordnung bis 2002 umgesetzt werden muss. Damit die Stadt die Sanierung auch wirklich in Angriff nimmt, hat man dann die Schiesshalbtage für die Jahre 2000 und 2001 von 48 auf 42 reduziert.

Der Gemeinderat hätte eigentlich 1996 oder 1997 mit dem Bauen beginnen können. Aber genau aus den heute geäusserten Überlegungen haben wir zugewartet und versucht, aus der Entwicklung des Schiesswesens einen Schluss ziehen zu können. Um die Forderung umzusetzen, die über dreissigjährige Schiessanlage bis im Jahr 2002 zu sanieren, ist jetzt aber der letzte Termin gekommen. Mit einem Baustopp könnten wir dieses Ziel nicht mehr erreichen, denn wir können nun nicht einfach anderthalb Jahre lang ein bisschen bauen, sondern wir müssen zwischendurch die Bauarbeiten einstellen, damit geschossen werden kann. Schon heute ist die Frist äusserst knapp.

Es wurde auch von anderen Gruppierungen angedeutet – zum Beispiel von der Anti-Lärmgruppe, die sogar den juristischen Weg beschritten hat – dass es nicht angehe, wenn im 2002 die Anlage Riedbach nicht saniert sei. Die Anlage Ostermundigen wird auf diesen Termin hin auf alle Fälle geschlossen, und dann muss die Stadt Bern selber mit ihrer Schiesspflicht zurechtkommen. Diese Aufgabe, die alle Gemeinden haben, nehmen in Bern die Schiessvereine wahr, und wenn wir auf den Einsatz der Schiessvereine verzichten müssten, müsste es die Stadt selber machen und dies käme uns noch teurer zu stehen.

Nun noch zur Scheibenanzahl: Man hat es mehrmals überprüft, wir kommen einfach nur mit 70 Scheiben klar. Letztlich geht die Sicherheit vor. Wenn wir Bescheid erhalten, dass 60 Scheiben nicht abgenommen würden, dann müssen wir uns halt diesem Entscheid beugen und die 70 Scheiben bauen. Denn der Worst Case sind nicht 70 Scheiben, sondern ein vielleicht etwas billiger sanierter Schiessplatz, der dann aus Sicherheitsgründen nicht abgenommen wird. Bei der Entwicklung vom Schiesswesen haben weder Erich Ryter noch Frau Stucki sicher recht, die Entwicklung ist heute nicht absehbar. Tatsache ist aber, dass wir mit 70 Scheiben ganz sicher keine überdimensionierte Anlage bauen.

Wir haben bereits Werkverträge abgeschlossen, die Unternehmungen haben sich zeitlich auf den knappen Bauplan eingerichtet, bei einem Baustopp wären Schadenersatzforderungen möglich. Bei diesem Geschäft hat der Gemeinderat wirklich alles geprüft, was zu prüfen ist, eine weitere Verschiebung bringt uns nicht weiter.

Die Anlage ist 30-jährig; neben dem Lärm machen uns auch andere Aspekte Sorgen. Es ist nun wirklich sehr wichtig, dass man eine Schiessanlage baut, die wieder einige Jahre überdauert. Das Spar- und Optimierungspotenzial wurde voll ausgeschöpft.

Es stimmt, dass die Schützengesellschaften Ostermundigen gesagt haben, dass sie nach Ittigen gehen wollen. Aber wir haben nach wie vor einen gültigen Vertrag mit der Gemeinde Ostermundigen, an dem nichts geändert wird. Dies hat uns auch der Gemeindepräsident von Ostermundigen zugesichert.

Noch zur Beobachtung, dass nie mehr als 35 Scheiben gebraucht worden seien: Die Sicherheit ist auch eine Sache der Übersichtlichkeit. Und die Verantwortung für den unfallfreien Betrieb liegt bei den Vereinen.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

12 Dringliche Interpellation Doris Schneider (GB): Ozon: Schon wieder Überschreitung der Grenzwerte!

Antrag Nr. 121

Die zugelassenen Grenzwerte werden in Bern seit Jahren überschritten. Am Ostersonntag stieg der Ozonwert nun zum ersten Mal in diesem Jahr über seinen erlaubten Stunden-grenzwert. Das ist gesundheitsschädigend. – Was gedenkt die Stadt zu tun, um in den näch-sten Monaten die gesetzlich vorgegebenen Werte einzuhalten?

Tip: In italienischen Städten werden rigorose Verkehrsmassnahmen getroffen (z.B. Autofreie Sonntage). Die Ergebnisse sind gut. Und Bern?

Bern, 27. April 2000

Die Antwort für den Gemeinderat erteilt Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Ozon wird nicht aus Fahrzeugen und Kaminen ausgestossen. Zur Bildung von Ozon braucht es die Vorläuferstoffe VOC und Stickoxide sowie Sonnenschein und hohe Temperaturen. Hauptverursacher für Stickoxide ist zu etwa 3/4 der motorisierte Verkehr, der Rest verteilt sich auf die privaten und industriellen Feuerungen und Heizungen. VOC sind flüchtige orga-nische Verbindungen, eine Vielzahl von chemischen Stoffen, die in der Luft verdampfen. Obwohl kein Grenzwert besteht, müssen sie wegen ihrer Rolle bei der Ozonbildung reduziert werden. Zwei Drittel der Emissionen von VOC stammen von Industrie, Gewerbe, Dienstlei-stungen und Haushalten, der Rest aus dem Verkehr. Wichtig ist, dass beide Sorten Vorläufer-substanzen reduziert werden, die Wirkung auf das Ozon ist so am besten. In der Atemluft ist zuviel Ozon unerwünscht, weil es auch in sehr geringer Konzentration Menschen, Tieren und der Umwelt schadet. Die Landwirtschaft beispielsweise hat je nach Dauer und Konzentration mit Ernteeinbussen von 5–25% zu rechnen.

Im Bernischen Mittelland werden etwa 20–40 µg pro Kubikmeter während eines Sommerta-ges lokal produziert, entsprechend kann auch nur dieser Teil mit lokalen Massnahmen elimi-niert werden. Ein Versuch in Deutschland im Juni 1994 hat bestätigt, dass für eine Ozonre-duktion eine sehr massive und grossflächige Reduktion der Schadstoffemissionen erfolgen müsste. Trotz einer Stickstoff- und VOC-Minderung von immerhin 15–20% auf einem Gebiet von 20x20 km konnte man keine signifikanten Änderungen der Ozonkonzentration feststel-len. Der Grund für dieses ernüchternde Resultat ist durch die Herkunft des Ozons begründet: Etwa 15% sind natürliches Ozon, welches ohne jegliches menschliches Zutun entsteht. Etwa ein Drittel ist sogenanntes Hintergrund-Ozon, welches von den gesamteuropäischen Emis-sionen bestimmt wird. Beinahe 30% gehört zum Reservoir-Ozon, welches durch Emissionen im etwas näheren Umkreis von etwa 500 km bestimmt und je nach Wind importiert wird. Es zeigt deshalb auch grosse tägliche Schwankungen. Was bleibt sind etwa 20% lokal produ-ziertes Ozon, welches mit lokalen Massnahmen beeinflusst werden kann. Damit können zwar die Ozonspitzen durchbrochen, aber die Grenzwerte nicht allgemein eingehalten wer-den.

Lokales und eigenverantwortliches Handeln ist nach wie vor sinnvoll und notwendig. In der Stadt sind das ganze Jahr über massive und grossflächige Überschreitungen des Stickstoff-dioxid-Grenzwertes anzutreffen, nicht nur an schönen Sommertagen. Diese Überschreitun-gen sind hausgemacht. Es sind deshalb Massnahmen zu unterstützen, die dauerhaft Auto-fahrten und deren Fahrleistungen reduzieren. Jeder nicht gefahrene Kilometer reduziert die Vorläuferschadstoffe.

Sofortmassnahmen oder Massnahmen von kurzer Dauer verlieren wegen der beschränkten Beeinflussbarkeit der Ozonbildung an Bedeutung. Dauerhafte Massnahmen sind wichtig, da die Vorläuferschadstoffe und die lungengängigen Partikel das ganze Jahr vorhanden sind. Vorschläge dazu sind im kantonalen Massnahmenplan zur Luftreinhaltung in der Region Bern sowie dem STEK 1995 enthalten. Die neuen kantonalen Massnahmenpläne sind in

Vorbereitung. Deren Realisierung würde die Luft nachhaltig verbessern. Insbesondere im Bereich Verkehr ist noch ein grosses Vollzugsdefizit vorhanden, obwohl in der Stadt Bern schon einiges erreicht wurde beziehungsweise im Gange ist: Tempo 30 in den Quartieren mit Anwohnerbevorzugung, Verkehrskompromiss Innenstadt, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Förderung des Veloverkehrs, Verbesserung der Fussgängersicherheit. Die Umsetzung der KÜL-Massnahmen ist in Arbeit und wird am Bollwerk zu einer Verkehrsreduktion führen. Bei allen Massnahmen wird nachzuweisen sein, ob grossflächig eine Reduktion oder aber eine Verkehrsumlagerung stattfindet. Im Weiteren tragen technische Massnahmen, wie Katalysatoren bei den Autos oder Rauchgasreinigungen bei der KVA das ihre zur Luftqualitätsverbesserung bei.

- Auf Antrag der Interpellantin beschliesst der Rat Diskussion. -

Doris Schneider (GB): Ozon war immer wieder doppelt in den Schlagzeilen: Was oben schützt ist unten schädlich. Zum einen liegt im Sommer zuviel Ozon in der Atemluft, zum anderen fehlt Ozon in der Höhe von 10–50 km über der Erdoberfläche. Gemeinsam ist dieser doppelten Ozonproblematik, dass sie von uns Menschen hausgemacht ist. Im Stadtanzeiger kann die Bevölkerung unter der Rubrik Luftimmissionsmessungen täglich lesen, dass seit Jahresbeginn immer wieder Grenzwertüberschreitungen vorkamen – erlaubt wäre eine Überschreitung pro Jahr. Die publizierten Messungen teilen uns mit, dass unser aller Atemluft in Gefahr ist, und zwar nicht nur, wenn die Sonne scheint. Aber man reagiert nicht mehr. Krankmachende Luft kann in letzter Zeit parlamentspolitisch niemanden mehr aus den Socken hauen. Wir haben uns an diese Schädigungen gewöhnt, wir tabuisieren sie. Mit den Sparmassnahmen schaffen wir noch wichtige mobile Messungen ab: Die Wirklichkeit ist nicht mehr erträglich, also schauen wir weg.

Die dringliche Interpellation will das Luftproblem städtisch wieder ins Rampenlicht rücken. In den Ämtern für Umweltschutz auf Gemeinde- und Bundesebene aber auch im Ausland sind viele engagierte Leute tätig. Studien ergaben zum Beispiel, dass in Bezug auf die Gesundheit die Kinder die gefährdeteste Risikogruppe seien. So wurde festgestellt, dass sich innert fünf Tagen nach einer Ozonreizung die Lungenfunktionswerte bei Erwachsenen wieder normalisieren, die entzündlichen Prozesse jedoch weiterhin zunehmen. Bei Kindern bleiben jedoch auch die Lungenfunktionswerte verändert. Kinder sind somit auch in diesem Bereich die ungefragten und unschuldigen Opfer.

Im neusten Magazin des Buwal „Sommermog“ findet man die Frage, wieso die Behörden nicht härter durchgreifen; wie ernst man die Umweltschutzgesetze nehmen soll, wenn die Behörden die Grenzwerte nicht ernst nehmen. Die Antwort darauf ist, dass die Vollzugsinstanzen von Bund und Kanton auf die tatkräftige Unterstützung durch die Politikerinnen und Politiker und der Bevölkerung angewiesen seien. Ich frage mich, ob wir uns mit dieser jahrelangen Überschreitung von Grenzwerten nicht in einem rechtswidrigen Zustand befinden. 1995 beteuerte der Gemeinderat, dass dauerhafte Massnahmen nötig seien, denn die Vorläuferschadstoffe seien das ganze Jahr vorhanden. Dies hat Frau Begert auch heute abend gesagt. Der Gemeinderat hat dann auf das STEK und den Massnahmenplan zur Luftreinhaltung des Kantons hingewiesen. Auch Sofortmassnahmen wurden als richtig erkannt. Der vorliegende Vorstoss regt einmal mehr autofreie Sonntage an, denn Schutz vor Ozon heisst Abgasreduktion. Für eine RGM-Stadt sollte trotz der einigen wenigen Kantonsstrassen, die durch Bern führen, eine solche bewusstseinsbildende Massnahme möglich sein.

Zur Zeit steht der lufthygienische Massnahmenplan des Kantons Bern zur Diskussion. Es ist ein Trauerspiel, dass der Kanton, welcher sich sonst so für die Gemeindeautonomie einsetzt, in diesen wichtigsten lufthygienischen Fragen den Gemeinden die notwendige Kompetenz nehmen will. Dass der Kanton trotz Bundesgerichtsentscheid vom März 1999 im neuen Massnahmenplan die einheitliche Parkplatzbewirtschaftung für alle Einkaufszentren herausfallen lässt. Dass er hinter die Massnahmen zurückkriecht, die er 1991 gegen den Hauptverursacher der Luftbelastung, den Verkehr, ergriffen hat. Der eingeschlagene Weg des Kantons ist kurzfristig profitorientiert, der wirtschaftliche Nutzen wird zum Schaden von allen. Um eine Welt zu gestalten, in der wir das, was wir angerichtet haben, nun schrittweise und konsequent wieder in Ordnung bringen können, müssen wir die publizierten Messungen und Grenzwertüberschreitungen ernst nehmen und griffige Massnahmen politisch und bewusst-

seinsmässig durchsetzen. Ich fordere den Gemeinderat auf, nochmals die Einführung von autofreien Sonntagen zu prüfen, gegen den Kanton anzutreten und auf Bundesebene im September dreimal die Ja-Parole herauszugeben.

Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion spricht *Andreas Krummen*: Ich möchte bei diesem Vorstoss zuerst einen Punkt kritisieren: Er spricht nur vom Ozon. Wenn man nur wegen dem Ozon einen autofreien Sonntag will, kann dies sogar kontraproduktiv sein, weil der Abbau kurzfristig nicht möglich ist. Aber es geht um die allgemeine Luftbelastung, wie dies Frau Begert auch gesagt hat, es geht um alle Vorläuferstoffe, aber auch um die lungengängigen Partikel der Dieselmotoren. Wenn man all diese Belastungen betrachtet, dann ist alles zusammen eben immer zu hoch. Und es ist möglich, diese Gesamtbelastung einmal mit einem autofreien Sonntag zu senken. Auch bezüglich Bewusstseinsbildung würde das etwas bringen.

Präventionsmassnahmen muss man in viel grösserem Umfang machen. Im Umweltbericht der Direktion Zölch steht zum Beispiel, dass man, um die übermässige Ozonbelastung grossräumig auf ein akzeptables Niveau zu senken, die Immission beider Vorläuferschadstoffe gegenüber heute um zwei Drittel senken muss. Da haben wir wirklich eine grosse Aufgabe. Da müssen wir auch etwas machen.

Wenn Notmassnahmen wirklich greifen sollen, dann muss man sich vielleicht an Athen ein Beispiel nehmen. Die machen dann Verkehrshalbierungen während Tagen bis Wochen. Oder man könnte auch ein zeitweiliges Verbot für Nicht-Katalysator-Motoren prüfen.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Eva von Ballmoos* (GFL): Seit ich im Stadtrat bin, gab es immer wieder Vorstösse zur Ozonproblematik und ich finde es auch sehr gut, dass man damit jeweils aus aktuellem Anlass im Sommer wieder kommt. Wenn man dies im Sommer bringt, heisst das nicht, dass man nicht verstanden hat, dass die allgemeine Schadstoffbelastung das Grundübel ist; das Problem spitzt sich in dieser Zeit halt einfach wirklich zu. Es ist nötig, dass dazu immer und immer wieder Vorstösse gebracht werden.

Die Antworten des Gemeinderats sind auch seit Jahren dieselben: Das Problem wird erkannt, es wird gesagt, dass das Problem komplex ist, man ist sich einig, dass man etwas machen muss und allen ist klar, dass die Massnahmen unbeliebt sind. Bezüglich Sofortmassnahmen war die Stadt Bern bisher immer sehr zurückhaltend bis unwillig. Und da wäre es an der Zeit, nun einmal etwas zu machen. Die Interpellantin schlägt als ein Beispiel die autofreien Sonntage vor. Dazu möchte ich mich nicht weiter äussern, dazu sind nächste Woche zwei Postulate traktandiert.

Die GFL erwartet, dass sich die Stadt Bern im Rahmen der Vernehmlassung zum kantonalen Massnahmenplan Lufthygiene sehr dezidiert äussert, dass sie sich dafür einsetzt, dass die Fahrleistungskontingente wirklich so bestimmt werden, dass die Luft etwas davon hat. Die Stadt soll dies aber nicht nur auf dem Papier zu dieser Vernehmlassung machen, sondern bitte auch bei allen aktuellen Planungen in der Stadt selber so konsequent sein. Ich spreche da zum Beispiel die ESP-Planungen an; aber auch bei allen anderen Planungen muss die Stadt die Nutzungen prüfen und die Bandbreiten, welche ihnen die neue kantonale Parkplatzordnung einräumt, zu Gunsten der Luft und nicht der Parkplatzzahl ausnützen.

Die Interpellantin ist von der Antwort nicht befriedigt.

13 Alterskonzept, Strategiepapier für die künftige Alterspolitik in der Stadt Bern; Bericht an den Stadtrat

Antrag Nr. 105

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht Alterskonzept, Strategiepapier für die künftige Alterspolitik in der Stadt Bern.

Fraktionserklärungen

Für die SVP-Fraktion spricht *Rolf Häberli*: Unsere Fraktion begrüsst dieses Strategiepapier für die zukünftige Alterspolitik vorbehaltlos. Das Konzept ist die Grundlage zur Bewältigung der zunehmenden Problematik im Altersbereich. Es muss selbstverständlich dauernd den neusten Gegebenheiten angepasst und ergänzt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes bei der bevorstehenden Überalterung wird ganz sicher mehr Personal benötigen. Spitalextern haben wir in Ostermundigen sehr gute Erfahrungen gemacht, es sind ausschliesslich Frauen, die dies machen, vor allem verheiratete Wiedereinsteigerinnen, die grosse Freude haben, ihren Beruf wieder auszuüben. Damit das Spitex-Programm aufrechterhalten werden kann, braucht es auch Hausärztinnen und Hausärzte, die bereit sind, rund um die Uhr und auch übers Wochenende erreichbar zu sein, damit die Pflegerinnen die nötigen Meldungen durchgeben können. Es wird natürlich auch im finanziellen Bereich Spannungen geben, vor allem wenn die AHV und die EL nicht mehr genügen sollten.

Ein spezielles Problem haben wir bei Patienten mit psychiatrischer Diagnose, vor allem unruhige und demente Patienten; die muss man auch ausserhalb der Mauern betreuen können, sehr geeignet ist da zum Beispiel die Einrichtung in Kühlewil. Deshalb sind wir der Meinung, dass Kühlewil in den Verein der stationären Alterseinrichtungen Bern SAB integriert werden sollte.

Für die SP-Fraktion spricht *Rosmarie Okle Zimmermann*: Die SP setzt sich für eine altersgerechte Stadt ein, wo die alten Menschen willkommen sind, wo sie sich wohl fühlen können und wo ihre Würde, ihre Individualität und ihre Selbstbestimmung ernst genommen werden. Wir sind der Meinung, dass die Stadt für das Wohlergehen der älteren Bevölkerung eine grosse Verantwortung trägt und sich dieser politischen Aufgabe nicht entziehen kann. Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion hat mit diesem Konzept das gemacht, was wir von der SP schon lange gefordert haben: Sie legt ein umfassendes Planungsinstrument vor, welches nützliche Grundlagen für die zukünftige Alterspolitik der Stadt Bern liefert. Das Papier geht von einem zeitgemässen Altersbild aus und verdient unser Lob und unsere Anerkennung. Wir bedanken uns auch, dass die meisten unserer Anregungen und Forderungen bei der Vernehmlassung berücksichtigt wurden.

Wir haben zwei kleine allgemeine Kritikpunkte: Im ersten Teil – wo an sich ein umfassendes Bild zum Thema Alter in unserer Gesellschaft gegeben wird – fehlen genaue Zahlen über den Bedarf an Plätzen in Alters- und Pflegeheimen aber auch an Alterswohnungen. Ich hoffe, dass diese Zahlen bei der Beantwortung meines kürzlich eingereichten Vorstosses geliefert werden. Auch ist wenig ersichtlich, ob und welche Erkenntnisse aus dem nationalen Alterforschungsprogramm NFP32 aus den Neunzigerjahren in das Alterskonzept eingeflossen sind.

Nun zu einzelnen Themen: Wir teilen die Meinung, dass das Alter individuell unterschiedlich gelebt wird und die Probleme und Bedürfnisse somit auch ganz unterschiedlich sind, wie dies auch das NFP32 festhält. Wir unterstützen deshalb die Idee, dass die Stadt im Gegensatz zu früher kundenorientierte und bedürfnisorientierte Problemlösungen ermöglichen will. Allerdings muss die Stadt, wie auch im Kapitel 5.2.2 erwähnt, ihre Verantwortung wahrnehmen und Angebote garantieren, welche auf dem Markt nicht finanzierbar sind oder welche finanzschwache Betagte auf dem Markt nicht bezahlen können. Wichtig ist aber auch, dass neue Probleme und Bedürfnisse in dieser sich schnell ändernden Gesellschaft bemerkt werden. Da braucht es zumindest eine enge Zusammenarbeit mit Fachleuten aus der Geriatrie, wenn man nicht im Altersamt selber eine Fachperson für Geriatrie anstellen will.

Die Stadt hat im Bereich Wohnen eine grosse Verantwortung; sie muss dafür sorgen, dass das Prinzip der Wahlfreiheit erfüllt ist. Das ist heute leider – vor allem bei denjenigen alten Menschen, welche über kein grosses Einkommen oder Vermögen verfügen – bei weitem nicht erfüllt. Die Stadt hat Verantwortung für genügend Plätze in Alters- und Pflegeheimen. Da herrscht zur Zeit ein echter Notstand. Es darf doch nicht sein, dass alte Leute unverantwortlich lange auf einen Heimplatz warten oder dass Pflegebedürftige, welche von den Spitälern abgeschoben werden, in Pflegeheimen weit ausserhalb der Stadt untergebracht werden müssen. Ein Abbau von Plätzen wäre jetzt unverantwortlich, vielmehr braucht es in den nächsten Jahren mehr Plätze. In diesem Bereich ist die Stadt aufgefordert, kurzfristig flexible

Problemlösungen zu suchen. Die Stadt darf weder bei den Heimplätzen noch beim Personal auf dem Buckel der Alten sparen.

Wenn die Stadt die Wahlfreiheit beim Wohnen ernst nehmen will, muss sie sich auch rechtzeitig überlegen, wie sie einem Nachfrageboom für Alters- und Pflegeheimplätzen in Bümpliz und Bethlehem standhalten kann. In diesen Quartieren wird nämlich ein grosser Teil der Bevölkerung der Grossüberbauungen fast gleichzeitig alt. Aus der Erfahrung weiss man, dass heute noch die meisten Menschen lieber in ihrem eigenen Quartier bleiben wollen als in einen anderen Stadtteil, wo es vielleicht gerade noch einen freien Platz hat, verfrachtet zu werden. Die Stadt muss dafür sorgen, dass für die Generation im Quartier selber genug Platz zur Verfügung steht.

Die Überführung des Heims Kühlewil an die SAB können wir zwar akzeptieren, der Schritt scheint uns aber nicht zwingend. Man muss auf jeden Fall die besondere Situation des Heimes berücksichtigen und im Leistungsvertrag Rahmenbedingungen schaffen, welche gute Arbeitsbedingungen für das Personal aber auch die hohe Qualität der Dienstleistungen sichern.

Alterssiedlungen sind auch heute noch eine sinnvolle Wohnform, aber nur, wenn flankierende Dienstleistungen erbracht werden, welche eine gewisse Sicherheit bieten, wie zum Beispiel ein Notrufsystem oder ein Hauswart mit erweiterten Aufgaben. Die Stadt darf sich aus dem Bereich Alterswohnungen nicht zurückziehen. Sie muss vielmehr dafür sorgen, dass die Wohnungen endlich saniert werden.

Die SP befürwortet grundsätzlich den Übergang von der Objektfinanzierung zur Personenfinanzierung. Die spärlichen Finanzmittel sollen gezielt statt im Giesskannensystem eingesetzt werden. Das ist aber ein heikler Schritt, der gut vorbereitet werden muss. Wichtig ist dabei, dass die Betroffenen gut informiert werden, dass die Schwelle zur Unterstützung für die alten Menschen sehr niedrig ist und dass wirklich alle Menschen, welche Unterstützung benötigen, auch dazu kommen. Es dürfen keine Löcher im System entstehen. Für die SP gilt der Grundsatz, dass kein alter Mensch – aber auch niemand Jüngeres – aufgrund seines Bedarfes an Betreuung und Pflege fürsorgeabhängig werden darf!

Mit dem Spitex steht es zur Zeit leider nicht zum Besten. Das Personal leistet zwar viel, aber bei reduziertem Bestand unter massivstem Arbeitsdruck, da viele gekündigt haben oder von der Überlastung krank wurden. Ich hoffe, dass die jetzigen Missstände unter einer neuen Leitung behoben werden können. Denn ohne ein funktionierendes Spitex würde das System der Pflege und Betreuung alter Menschen zusammenbrechen. Neben den Lösungen der aktuellen Probleme fordern wir auch ein Spitex, welches bei Bedarf rund um die Uhr und auch am Wochenende seine Dienste anbietet – wie dies im Spitexkonzept schon vor Jahren angestrebt wurde und auch im Kapitel 5 erwähnt wird. Nur so kann in vielen Fällen eine Pflegeheimweisung verhindert oder hinausgeschoben werden.

Die Leistungsvereinbarungen im Altersbereich sind für eine befristete Zeit abgeschlossen, sie werden aber in Kürze überarbeitet und durch längerfristige Verträge ersetzt. Wichtig ist, dass die Stadt in den Leistungsvereinbarungen Rahmenbedingungen setzt, welche einerseits eine hohe Qualität der Dienstleistungen aber auch Arbeitsbedingungen für das Personal, welche sich an jenen der Stadt ausrichten, sichert. Wie wir schon angekündigt haben, möchten wir bei der Ausgestaltung dieser neuen langfristigen Leistungsverträge mitreden können.

Die Bedeutung einer guten, breit gestreuten Information ist erkannt. Und mit dem neuen Wegweiser für ältere Menschen „Nimmergrün“ wurde ein nützliches und attraktives Instrument geschaffen. Wir unterstützen auch die Idee einer Alterssession als offenes Podium für aktuelle Probleme und Anliegen. Wünschbar wäre auch ein Infolädeli.

Ich wollte eigentlich noch etwas zur Prävention – welche als wichtiges Thema im überarbeiteten Konzept auch aufgenommen wurde – sagen, zur immer grösser werdenden Gruppe von betagten Migrantinnen und Migranten, zu den Freiwilligen und den pflegenden Angehörigen – welche auch Begleitung, Unterstützung und Weiterbildung benötigen –, aber leider ist die Zeit für eine Fraktionserklärung zu diesem wichtigen und komplexen Thema zu kurz.

All die guten Ideen und Absichtserklärungen verlangen jetzt nach einer schnellen und zielgerichteten Umsetzung. Diese fehlen im vorliegenden Konzept. Wir erwarten, dass rasch ein Umsetzungsplan mit Prioritäten und verbindlichen Terminen erstellt wird. Und wir erwarten –

auch vom Stadtrat –, dass zur Lösung der Probleme die nötigen finanziellen Mittel gesprochen werden.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Peter Sigerist* (GB): Wir schliessen uns dem Dank an die Autorenschaft dieses Konzeptes an. Die Stadt Bern hat hier keine Pionierrolle übernommen, man konnte zum Teil von anderen Konzepten kopieren und auch die Altersforschung wurde in den letzten Jahren intensiviert. Aber dass man nicht bei Null anfangen musste, schmälert die Qualität von diesem Papier nicht. Es ist eine gute Diskussionsgrundlage.

Wir wissen ja langsam immer besser, was hinter dem ominösen Begriff A-Stadt steckt. Ein weiteres A wurde mit diesem Alterskonzept nun gewissermassen enthüllt. In der Analyse gäbe es noch einige Punkte zu verschärfen und zu vertiefen: Zum Beispiel die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung der Einkommen und der Vermögen, woraus man ein eigenständiges, frauenspezifisches Kapitel entwickeln könnte. So etwas fehlt hier. Auch die Bedeutung der Verbesserung der Stellung älterer Menschen in der Verkehrsführung wird zwar angesprochen, aber auch hier wäre für uns ein eigenständiges Kapitel nötig gewesen.

Die konzeptionelle Harmonie im Rat wird dann aber wohl bei der Umsetzung ein rasches Ende finden. Bereits beim Zurückbuchstabieren der Legislaturzielsetzungen – wir führten ja 1998 eine Diskussion über die Schaffung eines Altersamtes – haben wir unsere Befürchtungen signalisiert, dass nämlich auch in diesem Bereich die finanzielle Problematik dazu führen könnte, dass einmal mehr ein grosser Graben zwischen den strategischen Zielsetzungen und den effektiven Handlungsmöglichkeiten entsteht.

Wenn ich beim Ausloten der möglichen Handlungsspielräume Floskeln lese wie jene, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion auf etwas hinzuwirken versuchen könne, denke ich, dass es nicht gut kommt, wenn wir mit einem derart defensiven Verständnis an das Problem herangehen. So wird dieses gute Konzept Makulatur bleiben. Alle Handlungsfelder werden im Konjunktiv beschrieben und es wird auch im Begleitvortrag des Gemeinderats darauf hingewiesen, dass es sich hier nun einmal um die Grundlage für eine Prioritätensetzung handle, die Prioritätensetzung selber aber erst in einem zweiten Schritt komme. Frau Begert, wir sind geduldig, aber wir warten nicht allzu lange.

Die wahrscheinlichen Konfliktlinien werden wohl beim Wechsel von der Objekt- zur Subjekthilfe anzusiedeln sein. Im politischen Steuerungsbereich heisst dies, dass die Stadt nur noch als Leistungsverkäuferin und nicht mehr als Leistungsanbieterin auftreten soll. Für uns ist dies keine Glaubensfrage. Aber aufgrund unserer Erfahrungen besonders im Spitex-Bereich wissen wir, dass in einer Zeit, in der Sparen angesagt ist, hier die Leistungen der öffentlichen Hand zurückgefahren werden können, und dass dann der Spardruck jenen übertragen wird, die die Tätigkeit umsetzen. Es ist klar: Wenn die Stadt sparen will, bedeutet dies nichts Anderes als Sparen bei den Personalkosten, Überwälzen der Kosten auf die Benutzenden, eine ungenügende Bedürfnisabdeckung oder aber einen markanten Ausbau der Freiwilligenarbeit, was auch zu einer Qualitätseinbusse führen kann – insbesondere wenn man den Freiwilligen nicht die notwendige Befähigung zur Funktionsausübung und ihr Spenaufkommen abgilt. Dass das Alterskonzept stark auf den Ausbau dieser Freiwilligenarbeit ausgerichtet ist, ist für uns auch keine Glaubensfrage, aber wir müssen in diesem Bereich klar Bedingungen setzen und einhalten. Nächstes Jahr ist ja das UNO-Jahr zur Freiwilligenarbeit, wir werden da sicher noch ausführlicher darüber diskutieren können.

Bevor wir aber Hand dazu bieten können, dass sich die Behörden aus ihrer Verantwortung stehlen und die Altersbetreuung auslagern, wollen wir noch den Tatbeweis sehen, dass auch diese Auslagerungen zu den konzeptionellen Zielsetzungen führen. Der Anfang für eine neue Alterspolitik in dieser Stadt ist konzeptionell gemacht. Jetzt kommt aber mit der Umsetzung die grosse Herausforderung, und auf die Resultate dieser Umsetzung sind wir sehr gespannt.

Für die FDP-Fraktion spricht *Hans-Ulrich Suter*. Wir erachten ein Alterskonzept gerade für unsere Stadt mit einer überalterten Bevölkerung als sehr wichtig. Das erfreulicherweise politisch neutral gehaltene Konzept stellt nach Auffassung der FDP-Fraktion eine gute Aufnahme des Ist-Zustandes dar. Bezüglich der Strategien ist es uns zum Teil noch zu wenig verbindlich.

Die Zahl der betagten Personen nimmt parallel zur höheren Lebenserwartung immer noch zu. Eher überraschend ist aber ihr Anteil an der Wohnbevölkerung in der Stadt wesentlich höher als auf dem Land. Aus dem Konzept geht hervor, dass der Anteil der über 65-Jährigen in Bern mit 20,5% deutlich höher ist als im Landesdurchschnitt mit 14,9%. Das beweist indirekt, dass unsere Stadt über Jahre hinweg überproportional Personen im aktiven Alter durch Wegzug verloren hat. Die für die stationäre Angebotsplanung relevante Zahl der über 80-Jährigen liegt in Bern mit 6,6% ebenfalls über dem Landesdurchschnitt von 4,0%. Frauen sind unter den Betagten wesentlich häufiger zu finden als Männer. Das Alter ist in der Stadt Bern ausgesprochen weiblich.

Früher gab es Greisenasyle, Verpflegungsheime und Pflegeanstalten; alle möglichst am Rande oder ausserhalb der Stadt. Alte, vorab ärmere Leute, wurden ausgegrenzt. Die FDP legt aber Wert auf ein Zusammenleben zwischen den Generationen, auf eine Integration der Alten. Alle Menschen werden einmal alt, nur der gegenseitige Kontakt zwischen den Generationen vermag das Verständnis für die Probleme der anderen zu wecken. Dazu gehört aber auch mehr gegenseitige Toleranz der Jungen wie der Alten. Wir sind froh, dass das Konzept weitgehend von den gleichen Grundvorstellungen ausgeht und die Betagten ermuntert werden sollen, sich mit ihrer künftigen Lebensform auseinander zu setzen, bevor sie unter Sachzwängen handeln müssen oder dann fremdbestimmt werden.

Die Strategien sind eng mit den Wohnformen verknüpft. Der Grossteil der Betagten in Bern lebt im eigenen Haushalt, was für alle Seiten gut ist. Das geht aber nur so lange, bis eine Behinderung ein selbständiges Haushalten verunmöglicht. Als Alternative stehen dann in erster Linie Spitex-Dienste und Heime zur Diskussion. Die Zahl der Heimplätze ist aber eher knapp, vor allem weil von den 1242 Betten in den subventionierten Altersheimen insgesamt 299 für Bernburger reserviert sind und ausserdem für viele Heime lange Wartelisten bestehen. Das finanzielle Engagement der Stadt sehen wir im Wesentlichen im Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Organisationen zur Erbringung von Dienstleistungen im Altersbereich, wie sie zum Teil mit den SAB bestehen. Dabei gehen wir von der Erhaltung der heutigen Qualitätsstandards aus.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Peter Künzler* (GFL): Was ich jetzt sage, ist nicht so sehr eine inhaltliche Kritik als eine Rückmeldung. Ich möchte in diesem Sinne auch nicht meinen Vorrednerinnen und Vorrednern widersprechen, ich mache eigentlich dort weiter, wo Frau Okle aufgehört hat, nämlich beim Begriff der Strategie. Wir sind der Auffassung, dass das Papier, welches eine sehr ausführliche Analyse enthält, welches interessant und lehrreich zu lesen ist, einen grossen Mangel hat: Der Strategieteil umfasst nicht weniger als 17 Seiten A4, so etwas ist einfach keine Strategie, sondern eine Auslegeordnung. Man muss jetzt noch ausscheiden, was man machen will und was man wegen der beschränkten finanziellen Mittel später oder aus heutiger Sicht gar nicht machen will.

Ich möchte kurz an einer Panne illustrieren, dass dieser Prozess noch nicht stattgefunden hat: In diesem Bericht steht im letzten Teil der Strategie als erstes das geriatrische Angebot, zweitens das psycho-geriatrische Angebot, drittens sind Betagte mit psychiatrischer Symptomatik angesprochen, viertens kommt die palliative Pflege – also die Todkranken – und zuletzt kommen noch die betagten Migrantinnen und Migranten aus der ersten Gastarbeitergeneration. Da ist wohl etwas schiefgegangen, da ist eine Rangordnung impliziert, welche wohl niemand beabsichtigt hat. Neben der Problemanalyse wurde hier keine Chancenanalyse gemacht.

Ich glaube, die Kondensation des Kapitels Strategie in eine Willenserklärung, was wir wann machen wollen und auf was wir aus heutiger Sicht verzichten müssen, wird auch die Möglichkeiten klarer machen, wo denn die Chancen sind, und mit diesen Chancen können wir unsere Möglichkeiten erweitern. Ich fordere den Gemeinderat auf, aus dieser guten Vorarbeit noch eine wirkliche Strategie zu formen.

Einzelvotum

Rolf Schuler (SP): Auch ich sehe dieses Alterskonzept als eine brauchbare Grundlage für die Politik unserer Stadt betagten Menschen gegenüber. Ich möchte auf einen speziellen Punkt noch zu reden kommen, und zwar auf den Übergang von der Objekt- zur Subjektfinanzie-

rung. Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass für mich die Subjektfinanzierung in allen Bereichen der Alterspolitik Priorität haben muss. Alte Menschen sind wie auch die jüngere Generation in der Lage, Entscheidungen selber zu treffen und ihr Leben selber in die Hand zu nehmen. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, weshalb eine alte Person den Betrag zur Finanzierung ihrer Pflege nicht selber ausbezahlt bekommen soll, und selber entscheiden kann, wen sie mit der Pflege beauftragen soll.

Im weiteren möchte ich noch auf den Vorschlag von Herrn Häberli eingehen, welcher psychisch behinderte Menschen einfach nach Zimmerwald hinaus schieben will. Ich denke, dass auch Menschen mit psychischen Behinderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Gesellschaft integriert bleiben und am Leben teilnehmen können sollen.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Ich kann Frau Okle mitteilen, dass die Nationalfondsstudie NFP32 in das Konzept eingeflossen ist. Auch haben wir im Alters- und Versicherungsamt eine Fachperson für Geriatrie: Herr Leutold ist in einer entsprechenden Spezialausbildung. Im Übrigen hat sich das AVA sehr gut bewährt, da ein enger Zusammenhang zwischen den Versicherungsfragen und den Altersfragen besteht. Wie versiert die Leute da sind, können Sie ja dem Konzept entnehmen.

Es war ein paarmal die Rede von langen Wartelisten, es herrsche da ein echter Notstand: Einen solchen Notstand konnte ich bisher nicht feststellen, die Wartelisten sind nirgends derart lange. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir in Zukunft im Raum Bümpliz vermutlich mehr Plätze brauchen werden.

Wir sind uns auch bewusst, dass wir in Zukunft viele dieser Heime sanieren werden müssen, denn die sind im Schnitt etwa dreissigjährig. Letzten Samstag haben wir das Altersheim Egelmoos eingeweiht, ein rundum gelungener Bau. Das war auch der erste Bau, in dem wir unsere Ansicht, dass Alterssiedlung- und Altersheimbereich zusammengehören, umsetzen konnten. Die Leute sollen auch dann dort bleiben können, wenn sie Hilfestellungen benötigen, und die gibt es eben vom Altersheim nebenan. Wir mussten dabei auch zwei Siedlungen in ihrer bisherigen Form aufgeben, zum Glück ging alles gut über die Bühne, da man sehr sorgfältig orientiert hat.

Kühlewil wurde mehrmals angesprochen. Die Rahmenbedingungen im Leistungsvertrag für die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Leistungen sind eine Selbstverständlichkeit. Dass wir bei einer Eingliederung von Kühlewil in die SAB darauf ein besonderes Augenmerk haben und auch die Personalverbände mit einbeziehen, ist ebenfalls klar.

Für Peter Sigerist sind Privatisierungen mit einem Leistungsabbau verbunden: Das muss überhaupt nicht so sein. Die meisten Altersheime, alle mit Ausnahme von Kühlewil, Schönegg und Neuhaus, werden seit ewig von privaten Trägern geführt, nämlich vom Verein für das Alter oder dem Verein Betagter Bümpliz, die sich ja jetzt auch zum neuen Träger zusammengeschlossen haben. Wir kennen da die Partner und können uns auf sie verlassen. Wir haben auch schon im Vorfeld zu sondieren versucht, in welcher Art und Weise man dem Wunsch nachkommen kann, dass Sie beim Ausarbeiten des 4-jährigen Leistungsvertrags mitmachen können.

Der Übergang von der Objekt- zur Subjekthilfe ist sicher ganz ein wichtiger Schritt. Er hat auch etwas mit der von Herrn Schuler angesprochenen Selbstbestimmung zu tun. Auch hier ist die grosse Bedeutung der guten Orientierung völlig klar. Gerade bei der Aufgabe der angesprochenen Alterssiedlungen befürchtete ich, dass die Leute, sobald man leistungsgerechte Mietzinse verlangt, lieber den Gürtel enger schnallen würden als die absolut berechtigten Ergänzungsleistungen anzufordern, die keineswegs Fürsorgeleistungen sind. Dass das bisher gutgegangen ist, hat ganz stark mit der guten Information zu tun.

Wir sind uns der Probleme beim Spitex bewusst. Wir haben zwar nicht so sehr Mühe, Personal zu finden – vielmehr mussten wir bei den hauswirtschaftlichen Leistungen abbauen, da die Krankenkassen nichts daran zahlen; und dann organisieren sich die Leute halt anders, und man braucht weniger Personal. Aber auch ich hoffe, dass sich die Situation beruhigen wird und die Verhältnisse wieder klarer werden. Hier werden wir in den nächsten Jahren sicherlich zusätzliche Gelder benötigen, obwohl wir bei Spitex eigentlich nur zu einem Drittel an den Kosten beteiligt sind, da die Krankenkassen und das BSV wesentliche Beiträge zahlen. Es ist auch mir ein grosses Anliegen, dass wir die Spitexleistungen möglichst rund um die Uhr anbieten können.

Dann wurde von Herrn Sigerist noch die Diskussion aufgeworfen nach einem geschlechts-spezifischen Angebot. Das Konzept hält klar fest, dass in Bern das Alter weiblich ist, wir tragen diesem Umstand Rechnung. Auch wurde der Verkehr im Konzept erwähnt, auch wenn ich hier eigentlich keinen riesigen Unterschied zwischen der Problematik von Kindern und alten Menschen im Verkehr sehe.

Ich befürchte auch nicht besonders, dass man jetzt viel guten Willen zeigt, dann aber das Geld nicht sprechen würde. Wir sind uns der Situation bewusst, und die Gesellschaften, die die Altersheime gebaut haben, haben die Gelder zum Teil schon in ihren Budgets eingestellt, da hat man sich vorbereitet.

Noch die Besorgnis von Herrn Suter wegen des hohen Anteils der Alten in der Stadt Bern: Wir haben sehr viele Alte – das stimmt. Aber wir stellen dafür auch fest, dass wir die Spitze erreicht haben. Die Zunahme der alten Menschen kommt nun auch in der Agglomeration, und in der Stadt haben wir den Zenit erreicht. Diese Problematik wird sich vermutlich nicht mehr verschärfen.

Zu der Reihenfolge, die Herrn Künzler in die Nase gestochen ist: Es ist keine. Wir haben einfach versucht die Punkte aufzulisten, wo es noch spezielle Bedürfnisse gibt. Ich bin überzeugt, dass wir gerade im psycho-geriatrischen Bereich einen zusätzlichen Bedarf an Plätzen haben werden.

Und da komme ich noch zu Herrn Schulers Besorgnis wegen Kühlewil. Es ist nicht so, dass man Menschen mit psychischer Behinderung einfach abschieben will. Aber demente Menschen, die motorisch noch sehr aktiv sind – zum Beispiel Alzheimer-Patienten – werden sehr unruhig, wenn man sie in engen Häusern hält. Wenn sie hingegen etwas Bewegungsfreiheit haben sind sie sehr viel glücklicher. Diese Möglichkeit haben wir halt im Kühlewil besser als zum Beispiel im Spitalacker. Und wenn dann in Zimmerwald alte Menschen einfach so rumlaufen, weil sie von einem Spaziergang nicht rechtzeitig zurückkamen, achtet die ländliche Bevölkerung darauf, ruft an oder bringt sie sogar zurück. In der Stadt drin funktioniert so etwas mit Garantie nicht. Wir wollen auf keinen Fall einfach die Leute abschieben, im Gegenteil haben wir in der Stadt Bern eine vorbildliche Situation, gerade weil wir ausser Kühlewil alle Altersheime in den Zentren haben.

Wir haben auch festgestellt, dass die Quartierbezogenheit nicht mehr eine dermassen eminente Bedeutung hat wie früher. Manchmal wollen alte Menschen nicht unbedingt in ihrem alten Quartier bleiben, sondern gehen vielleicht lieber in ein Quartier, wo ihre Kinder sind. Aber dem Umstand, dass wir an einzelnen Orten wohl mehr Platz benötigen werden, haben wir Rechnung getragen.

Im Gemeinderatsantrag steht zum weiteren Vorgehen ganz klar, dass man hier eine Auflistung haben und dass es der Alterspolitik nicht gerecht würde, wenn man schon im Strategiepapier operative Ziele definieren und einen Massnahmenkatalog erstellen würde. Dies muss fortlaufend in einer rollenden Planung geschehen, das machen wir schon heute.

Wir werden in den nächsten Jahren sicher noch ein paar Vorlagen haben, die zu diesem Thema in Beziehung stehen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt vom Bericht Kenntnis.

- Traktandum 15 wird vorgezogen. -

15 Interpellation Peter Bühler (SD): Wieviel kosten die Kinderkrippen, Tages-schulen etc. die Steuerzahler der Stadt Bern?

Antrag Nr. 155

Wie kürzlich aus den Medien zu entnehmen war, finanziert und unterhält die Stadt Bern verschiedene Kinderkrippen, Tagesschulen, Kinderhorte, Mittagstische usw. Deshalb bitte ich den Gemeinderat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wieviele solcher Einrichtungen finanziert und betreut die Stadt Bern gesamthaft?

2. Wieviele Plätze stellt die Stadt Bern mit solchen Einrichtungen der Bevölkerung zur Verfügung?
3. Wieviele dieser Plätze werden von der Bevölkerung benutzt?
4. Wie ist der Anteil zwischen Schweizer und Ausländer (in Zahlen und Prozent), die eine solche Einrichtung nutzen?
5. Trifft es zu, dass die Stadt Bern, mit diesen keinen „Gewinn“ erzielt, sondern ausschliesslich ein Defizit?
6. Falls Frage 5 bejaht wurde, wie will der Gemeinderat dieses Defizit ausgleichen?

Bern, 20. Januar 2000

Antwort des Gemeinderats

1. Wie im Verwaltungsbericht der Schuldirektion und im Jahresbericht des Jugendamtes ausgewiesen wurde, werden folgende familienergänzenden Betreuungsangebote von der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion sowie von der Schuldirektion geführt, beziehungsweise subventioniert.
 - 12 Städtische Tagesheime
 - 12 städtische Kinderkrippen
 - 13 privat geführte, subventionierte Tagesstätten
 - 9 freiwillige Tagesschulangebote
 - 7 privat geführte, subventionierte Mittagstische
 - 15 privat geführte, subventionierte Kinderhorte
 - Aufgabenhilfe für etwa 100 Kinder
2. Zuhanden des Verwaltungsberichtes 1999 erstellte die Schuldirektion in Zusammenarbeit mit der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion eine Übersichtstabelle der Plätze, die der Bevölkerung der Stadt Bern zur Verfügung stehen. Die Tabelle ist im Anhang zum Verwaltungsbericht 1999, Seite A 138 f., veröffentlicht.
3. Sämtliche zur Verfügung stehenden Plätze werden von der Bevölkerung genutzt. Die Plätze sind den Stadtbernerinnen und Stadtbernern vorbehalten.
4. In städtischen und privat geführten, subventionierten Tagesstätten, welche via Fürsorge- und Gesundheitsdirektion finanziert werden, werden 453 Kinder ausländischer Eltern betreut (32,3% der Kinder). In den freiwilligen Tagesschulen werden 263 (40%), in den Kinderhorten 386 (80%) und an den Mittagstischen 42 (15%) Kinder von ausländischen Eltern betreut.
5. Die Stadt Bern stellt den Benutzerinnen und Benützern die Betreuungsplätze maximal kostendeckend in Rechnung. Die Beiträge sind nach Einkommen abgestuft, das Defizit wird von der Stadt getragen. Der Kostendeckungsgrad liegt bei ca 25%. Sofern mit „Gewinn“ ausschliesslich und im engen Sinn der finanzielle Blickwinkel gemeint ist, muss die Frage mit Ja beantwortet werden. Zu berücksichtigen ist jedoch unbedingt die indirekte Entlastung von Fürsorgegeldern. Vielen Elternteilen wird Erwerbstätigkeit erst möglich durch die Angebote der familienergänzenden Betreuung (z.B. Alleinerziehende). Für Neuaufnahmen haben die Institutionen vom Stadtrat vorgegebene Prioritätsstufen einzuhalten (*1. Soziale Dringlichkeit; 2. Geschwister; 3. Alle andern der Stadt Bern*). Diese Praxis hat zur Folge, dass vorwiegend Kinder von Familien mit tiefem Einkommen betreut werden (Workingpoor's, Einelternfamilien).
 Gut 20% der betreuten Kinder haben schulische oder soziale Probleme. Hier kommt den Institutionen die Aufgabe zu, die Kinder speziell zu fördern und die Integration in die Gruppe und die Schule zu ermöglichen. In einigen Fällen können damit (kostspielige) Heimplatzierungen vermieden werden.
 Mit der Schaffung von familienergänzenden Betreuungsangeboten reagiert die Stadt auf die Wandlung sozialer Strukturen (neue Familienformen wie Ein-Eltern-Familie und partnerschaftliche Familienmodelle, neue Rollenbilder, zwingende oder freiwillige Erwerbsarbeit beider Elternteile). Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Familienförderung.
6. Die bestehenden Betreuungsplätze sind Teil des ordentlichen Budgets. Die Tagesstätten im Zuständigkeitsbereich der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion sind im Kontrakt und damit in der Kontraktsumme des Jugendamtes enthalten. Durch das System des kanto-

nen Lastenausgleiches verbleiben 50% der Kosten zulasten der Stadtrechnung. Das bestehende familienergänzende Betreuungsangebot entspricht dem politischen Willen (Legislaturrichtlinien). Das Defizit wird, wie viele andere öffentliche Aufgaben, von der Allgemeinheit getragen.

Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.

Traktandenliste

Das Traktandum 14, Postulat Fraktion FDP: Drogenstrategie 2000, wird mit 47 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden ein Postulat, eine Interpellation und eine Kleine Anfrage eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, nämlich:

Postulat Kurt Rügsegger (FPS): Verkehrskreisel an der Marzili-, Sandrain- und Sulgeneckstrasse

Die Kreisel-Euphorie in der Stadt Bern ist etwas verklungen. Während einiger Zeit wurden Kreisel an Kreuzungen angebracht die auch wir als Befürworter solcher Lösungen kritisiert haben. Andere, uns wichtig erscheinende Strassenkreuzungen, wurden nicht berücksichtigt und scheinen jetzt in Vergessenheit geraten zu sein.

Deshalb ersuche ich den Gemeinderat zu prüfen ob an obgenannter Kreuzung *Marzili-Strasse/Sandrainstrasse/Sulgeneckstrasse/Zugang Dampfzentrale* nicht dringlich die Einrichtung eines Kreisels angebracht wäre. Die fast täglichen Kleinunfälle und/oder Hupkonzerte sprechen dafür.

Für einen baldigen Prüfungsbericht wäre ich sehr dankbar.

Bern, 29. Juni 2000

Kurt Rügsegger (FPS), Anton Maillard, German Kalbermatten

Interpellation Margrit Thomet (SVP): Die Wende für Bern: Museum für Gegenwartskunst: Kann sich die Stadt Bern in der heutigen schlechten Finanzsituation neue Ausgaben leisten?

Wie bekannt geworden ist, gedenkt die Stadt das Schulhaus an der Spychergasse, wo die Wirtschaftsmittelschule und die Schule für Verwaltung zuhause sind, in ein Museum für Gegenwartskunst umzugestalten.

Zur Zeit ist eine Arbeitsgruppe bestehend aus Verantwortlichen vom Kanton und der Stadt Bern in Verhandlung mit der Firma Marazzi, um in einem geplanten Gebäude angrenzend an das neue Wankdorfstadion für die Schulen einen neuen Standort zu finden.

Ich finde es nicht sinnvoll, Schulen in dieser optimalen zentralen Lage an den Stadtrand zu verdrängen, weil viele auswärtige Schülerinnen und Schüler mit der Bahn das Zentrum Bern leicht erreichen.

Aus dieser Situation drängen sich folgende Fragen auf:

1. Dank dem geplanten Kleemuseum werden im Kunstmuseum an der Hodlerstrasse Raumkapazitäten frei, die ohne Kostenaufwand zur Präsentation von Gegenwartskunst benützt werden können. Weshalb sieht der Gemeinderat von dieser naheliegenden Lösung ab?
2. Die Umwandlung des Schulhauses an der Spychergasse in ein Museum wird hohe Kosten verursachen, die von einem oder mehreren Sponsoren übernommen werden. Werden wirklich alle Kosten zur Herstellung der benötigten Strukturen für ein Museum von Gönnern finanziert?
3. Wenn Nein, wieviel muss die Stadt an die Umbaukosten bezahlen?
4. Der Betrieb eines Museums kostet Geld. Wie hoch werden jährlich die zusätzlichen Personal-, Reinigungs- und Betriebskosten die Stadt zu stehen kommen?
5. Es wird angenommen, dass die beiden erwähnten Schulen bis ins Jahr 2001 kantonalisiert werden und die anfallenden Mieten, die als sehr hoch geschätzt werden, (sonst hätte sich der VBS als Interessent nicht zurückgezogen) vom Kanton bezahlt werden. Was passiert, wenn die Kantonalisierung nicht zu diesem Zeitpunkt erfolgt? Wird in diesem Fall die Stadt die finanziellen Folgen für den Umzug und die Mieten im Wankdorf übernehmen müssen?

6. Neben den finanziellen Konsequenzen bringt der Wankdorfstandort für auswärtige Schülerinnen und Schüler wegen des zeitlich viel längeren Schulweges grosse Nachteile. Sie müssen morgens viel früher aufstehen, weil Auswärtige mit der Bahn oft nur einen Halbstundentakt oder noch weniger zur Verfügung haben. Hat der Gemeinderat an diesen Umstand gedacht?

Bern, 29. Juni 2000

Margrit Thomet (SVP), Thomas Fuchs, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Beat Schori, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Peter Linder

Kleine Anfrage Kurt Rüeegsegger (FPS): Kampfhunde-Haltung in der Stadt Bern

Die erschreckenden Berichte aus den Medien von Überfällen durch Kampfhunde insbesondere auch auf wehrlose Kinder veranlassen mich dem Gemeinderat folgende Frage zu stellen:

- Ist bekannt, ob auf dem Gebiete der Stadt Bern Halter von Kampfhunden sind und wenn Ja, welche Massnahmen oder Konsequenzen gedenkt der Gemeinderat dagegen zu ergreifen?

Besten Dank für eine rasche Antwort.

Bern, 29. Juni 2000

Kurt Rüeegsegger (FPS), Anton Maillard, German Kalbermatten

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *René Zimmermann*

Der Protokollführer: *Stefan Müller*